



Komitee gegen die Massentierhaltungsinitiative

Medienmitteilung des Komitees gegen die Massentierhaltungsinitiative vom 13. Juni 2022

«Massentierhaltungsinitiative: Unnötig und schädlich!»

Die Volksinitiative «Keine Massentierhaltung in der Schweiz» kommt am 25. September vors Volk. Bundesrat, Parlament und die Landwirtschaft erachten sie als unnötig, weil das Schweizer Tierwohlniveau weltweit unerreicht ist und das von der Initiative geforderte Angebot bereits in mehr als ausreichendem Umfang zur Verfügung steht. An ihrer Medienkonferenz erläutert eine breite Allianz aus (Land-)Wirtschaft und Politik ihre Argumente gegen die Initiative und gibt gleichzeitig den Startschuss für den Abstimmungskampf.

Am 25. September kommt mit der Massentierhaltungsinitiative (MTI) einmal mehr ein extremes, nicht zielführendes und in Anbetracht des Schweizer Tierwohlniveaus auch unnötiges Volksbegehren zur Abstimmung. Sowohl der Bundesrat wie auch das Parlament lehnen sie ab. An der heutigen Medienkonferenz des Komitees gegen die Massentierhaltungsinitiative erläutert eine breite Allianz aus (Land-)Wirtschaft und Politik ihre Argumente:

Argument 1: Die Schweiz zeichnet sich bereits durch ein weltweit einzigartig strenges Tierschutzgesetz und Höchsttierbestände aus

Die einheimische Landwirtschaft zeichnet sich durch ein hohes Tierwohlniveau aus. Dafür sorgen: Ein weltweit einzigartig strenges Tierschutzgesetz, eine bereits gesetzlich limitierte Zahl an Tieren bei Hühnern, Schweinen und Kälbern, die ein Betrieb halten darf, sehr wirksame Anreizprogramme, zahlreiche weitergehende Labelangebote sowie ein funktionierendes Kontrollsystem. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Labels, die entweder auf den freiwilligen Programmen von besonders tierfreundlichen Ställen oder regelmässigem Auslauf im Freien beruhen. Einige Labels wie Demeter oder KAG-Freiland gehen gar noch viel weiter. Jede und jeder kann entsprechend einkaufen und das Tierwohl so zusätzlich fördern. Die Initiative ist also gar nicht nötig.

Argument 2: Der Konsument hat bereits heute die Wahl – und die wird ihm genommen

Die Initiative selbst würde die Bio-Richtlinien in der Tierhaltung vorgeben, der Schweizer Bevölkerung damit die Wahlfreiheit entziehen sowie die Preise für tierische Produkte in der Schweiz massiv erhöhen. Darüber hinaus nimmt sie der Landwirtschaft die Möglichkeit, sich über ihre Produkte zu differenzieren.

Argument 3: Teure tierische Produkte kann sich nicht jeder leisten

Die Auflagen würden die tierischen Produkte um 20 bis 40 Prozent verteuern und das Portemonnaie der Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten mit rund 1800 Franken im Jahr zusätzlich belasten. Nicht alle können und wollen sich ausschliesslich Produkte gemäss Bio-Standard leisten. In der Not würden noch mehr Menschen ins umliegende Ausland fahren, um sich dort einzudecken. Das schwächt unser Wirtschaftssystem zusätzlich und dient weder der Ökologie noch dem Tierwohl.

Argument 4: Tausende Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel

Berechnungen zufolge geht bei einer Annahme der Initiative die Schweineproduktion in der Schweiz rund 50 Prozent, die Geflügelproduktion gar bis zu 80 Prozent zurück. Damit einhergehend sind Tausende der 300'000 Arbeitsplätze in der Land- und Ernährungswirtschaft gefährdet.

Argument 5: Regionale Produktion und damit die Versorgung stärken



Komitee gegen die Massentierhaltungsinitiative

Die Initiative schwächt die regionale Produktion im Inland und damit die Versorgung. Denn der Konsument ändert sich bei einer Annahme der Initiative nicht automatisch mit. Um den Bedarf zu decken, erhöht sich der Anteil importierter Lebensmittel. Das widerspricht dem 2017 angenommenen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit. Darüber hinaus zeigen weltweite Krisen wie die Corona-Pandemie und der Krieg in der Ukraine, dass jedes Land in der Ausnahmesituation zuerst für sich schaut.

Argument 6: Die Initiative schiesst am Markt vorbei

Für jeden Wirtschaftszweig ist es wichtig, sich an den Bedürfnissen des Marktes zu orientieren. Die MTI widerspricht dem, da sie zu einer staatlichen Angebotsregelung führt. Die Umsetzung der Importauflage wäre zudem eine Verletzung unserer WTO-Verpflichtungen. Die Konsumenten können heute schon eine besonders tierfreundliche Nutztierhaltung fördern, indem sie entsprechend produzierte Lebensmittel kaufen.

Um der Bevölkerung die «Unnötigkeit» und die negativen Folgen der Initiative aufzuzeigen, ist der Einsatz der ganzen Land- und Ernährungswirtschaft, ihr nahestehende Bereiche und aller Betriebe gefordert. Denn direkt, indirekt oder in der Folge würde die einheimische Produktion als Ganzes geschwächt, den Konsumierenden die Wahlfreiheit genommen und die Importe angekurbelt. So lautet das Fazit des nationalen Komitees, das sich für ein klares Nein einsetzt.

Begleitveranstaltungen zur Medienkonferenz des Komitees gegen die Massentierhaltungsinitiative in Bern und Lausanne:

Begleitaktion auf dem Kornhausplatz, Bern: Manifestation mit einem «Riesenhuhn» sowie weiteren «Hühnern» und «Schweinen» (keine lebenden Tiere), die zeigen, dass sie lieber in der Schweiz leben als anderswo.

Begleitaktion auf dem Place de la navigation, Lausanne: Ankunft eines Wagens, der von der Vereinigung der Waadtler Junglandwirte geschmückt wurde. Drei Personen sprechen vor Ort: Philippe Leuba, Chef des Département de l'économie, de l'innovation et du sport des Kantons Waadt; Daniel Würigler, Präsident von GalloSuisse und Loïc Bardet, Direktor des Westschweizer Bauernverbands AGORA.

An der Medienkonferenz informierten:

Fabienne Wyder, Landwirtin und Schweinezüchterin, Büren an der Aare

Ständerätin Andrea Gmür-Schönenberger, Die Mitte

Ständerat Marco Chiesa, Präsident SVP

Ständerätin Johanna Gapany, Vizepräsidentin FDP Schweiz

Nationalrat Fabio Regazzi, Präsident Gewerbeverband

Babette Sigg, Präsidentin Konsumentenforum kf

Christoph Mäder, Präsident economiesuisse

Nationalrat Markus Ritter, Präsident Schweizer Bauernverband

Rückfragen:

Urs Schneider, Kampagnenleiter, Mobile 079 438 97 17

Sandra Helfenstein, Co-Leiterin Kommunikation SBV, Mobile 079 826 89 75

www.tierhaltungsinitiative-nein.ch